

NRZ-Report über die Lage an den Universitäten - Heute: Bochum

# Rebellen sollen isoliert werden

Von NRZ-Reporter WINFRIED HÖHNKE

**Bochum.** „Wir wollen die Klassenuniversität zerschlagen!“ war mit Kreide an die Wandtafel geschrieben. Im Hörsaal hielten sich die bärtigen und exzentrisch gewandeten mit den „bürgerlich“ gekleideten Studenten die Waage. Die Veranstaltung nannte sich

„Politsession“, wäre aber mit Diskussion besser gekennzeichnet gewesen. Es war eine der vielen Aktionen des Bochumer Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), deren Ziel, wie der SDS selbst zugibt, die „Rote Ruhruniversität“ ist.

So unruhig das Wintersemester in Bochum begonnen hatte, so ruhig — wenigstens nach außen hin — ging es in diesen Tagen zu Ende. Deshalb fehlte wohl auch der „Politsession“ in den ersten Februar-tagen trotz zündender Diskussionsbeiträge der rechte Schwung. Den linken Studentengruppen an der Ruhruniversität ist auch in diesem Semester — zumeist was spektakuläre Aktionen betrifft — die große Gefolgschaft ihrer Kommilitonen versagt geblieben.

Dabei hatte es einen aufsehenerregenden Auftakt gegeben, als Anfang Dezember der Senat einem „Go-in“ der Studenten weichen mußte. Im Hintergrund stand die Forderung der Studenten nach Öffentlichkeit aller Universitäts-gremien. Das ganze Semester schien in Gefahr, als die Studentenschaft ein Ultimatum stellte: Entweder volle Beteiligung an allen Entscheidungsgremien der Hochschule oder allgemeiner Vorlesungsstreik. Als Termin war der Jahreswechsel genannt worden.

Doch auch an der Ruhruniversität wird nichts so heiß gegessen, wie

es gekocht wird. Das neue Jahr war erst wenige Tage alt, als die Vertreter der Studentenschaft einlenkten: Die Streikdrohung wurde zurückgezogen. AStA-Mitglied König (Humanistische Studenten-Union): „Wir haben eingesehen, daß in erster Linie die Studenten darunter leiden würden, wenn ein Vorlesungsstreik auf die gesamte Universität ausgedehnt würde.“ Zweifellos stand hinter dieser Einsicht auch die Erkenntnis, daß ein Streikaufruf kaum allgemein befolgt worden wäre.

Der persönliche Referent des Rektors, Dr. Klaus Kübler, glaubt jedenfalls auf Grund seiner Beobachtungen: „Die Schwerpunkte der Aktivität lassen sich eindeutig lokalisieren. Hauptsächlich liegen sie in der sozialwissenschaftlichen Abteilung.“ Kübler ist der Ansicht, daß ein großer Teil der Bochumer Studenten an den Aktionen der linken Gruppen überhaupt nicht interessiert ist. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die meisten Studierenden „Pendler“ sind, die sofort nach Schluß der Vorlesungen wieder nach Wattenscheid oder Essen heimfahren.

## Beteiligung an Wahlen stieg

Immerhin beteiligten sich an den letzten Wahlen zum Studentenparlament rund 50 Prozent der Studierenden, ein im Vergleich zu früheren Wahlen gutes Ergebnis. Das ist zweifellos auf die Aktivität der linksgerichteten Studentenvereinigungen (neben der Humanistischen Studentenuion in erster Linie der Sozialdemokratische Hochschulbund) zurückzuführen: Sie konnten denn auch die Mehrzahl der Stimmen auf sich vereinigen.

Die Alternative der linken Gruppen zum Vorlesungsstreik ist die gezielte Aktion gegen einzelne Lehrveranstaltungen oder Professoren. Das meiste Aufsehen erregte eine Woche vor Weihnachten die Besetzung der Dekanatsräume der sozialwissenschaftlichen Abteilung, bei der der Rektor, Prof. Biedenkopf, sich veranlaßt sah, 300 Polizisten auf das Universitätsgelände zu rufen. Die Universitätsverwaltung schätzt den Schaden, der bei diesen turbulenten Vorfällen angerichtet wurden, auf annähernd 30 000 Mark.

Im allgemeinen ist die Taktik des Rektors genau entgegengesetzt. „Hartes Durchgreifen“, so hat sich immer wieder herausgestellt, ist noch am ehesten geeignet, eine große Zahl von nicht engagierten Studenten mit den Akteuren zu „solidarisieren“. Das möchte man nach Möglichkeit vermeiden, um so die Rebellen zu isolieren. Das Prinzip des Rektors und auch der meisten Professoren: die Studenten sollen zur Mitarbeit gewonnen werden, um der Kritik auf die Dauer den Ansatzpunkt zu nehmen.

Seit Anfang Februar geht jeder Senatssitzung eine öffentliche Fragestunde voraus. Beide Seiten betrachten das lediglich als einen ersten Schritt, dem viele weitere folgen müssen und bis zur vollen Mitbestimmung wird noch ein weiter Weg zu gehen sein. Doch daneben wird an der Ruhruniversität auch noch studiert. Dr. Kübler: „Der gesamte Lehr- und Forschungsbetrieb wird von den einzelnen studentischen Aktionen so gut wie nicht berührt.“